[Schirp: „Zusätzlicher Feiertag passt nicht in die Zeit – Brandenburg drohen Einbußen von 107 Millionen Euro“]

27.11.23 | Berlin

Schirp: „Zusätzlicher Feiertag passt nicht in die Zeit – Brandenburg drohen Einbußen von 107 Millionen Euro“

Arbeitgeber lehnen SPD-Vorstoß ab

Die Arbeitgeber in Brandenburg warnen davor, einen weiteren gesetzlichen Feiertag einzuführen. „Ein zusätzlicher Feiertag für Brandenburg passt überhaupt nicht in die Zeit.Der Wohlstand im Land würde dadurch um rund 107 Millionen Euro niedriger ausfallen", warnte UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp.

Damit wandte er sich gegen einen Vorschlag der SPD in Brandenburg, die auf ihrem Landesparteitag einen entsprechenden Antrag verabschiedet hatte.

Schlechte Wirtschaftslage und Demografie bremsen

Angesichts der überaus schwierigen Wirtschaftslage bräuchten die Betriebe jeden einzelnen Arbeitstag, um über die Runden zu kommen. Ohnehin falle es ihnen wegen der demografischen

Entwicklung immer schwerer, freie Stellen zu besetzen und Aufträge abzuarbeiten.

„Hinzu kommt, dass die Jahresarbeitszeit der Beschäftigten in Deutschland schon jetzt so niedrig ist wie in keinem anderen Industrieland", führte Schirp weiter aus. „Es wäre fahrlässig, wenn sich Brandenburg durch einen solchen Beschluss selbst schwächen würde."

Brandenburg noch immer mit Rückstand

Zwar sei wirtschaftlich zuletzt vieles in die richtige Richtung gegangen. „Wir dürfen aber nicht vergessen, dass der Abstand zu den wirtschaftlich starken Bundesländern noch immer beträchtlich ist", mahnte der Hauptgeschäftsführer. „Darum: Finger weg von einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit."

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF